

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Poststempelkarte Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Der Einfluss hoher Löhne auf die Volkswirtschaft.

Seitdem es Arbeiter gibt, die für den Besitzer der Produktionsmittel, für den kapitalistischen Unternehmer, gegen Lohn arbeiten müssen, seitdem gibt es Streit um die Lohnhöhe. Der Besitzer der Produktionsmittel hat das selbsttätige, allerdings menschlich erklärbare Bestreben, den Arbeitslohn niedrig zu halten. Er sieht in der Erhöhung des Lohnes eine Bedrohung seines Profits, der entgegenzutreten ihm sein privatwirtschaftliches und auch sein Klasseninteresse gebietet. Der Lohnarbeiter hingegen, der seine Arbeitskraft dem Unternehmer verkauft, hat, sofern sein Verhältnis zum Unternehmer vom vernünftigen, wirtschaftlichen Denken beherrscht wird, das Bestreben, den Lohn, den Preis seiner Arbeitskraft, so hoch wie möglich zu treiben. Die lebenswichtige Bedeutung welche die Lohnhöhe für ihn hat, gibt ihm auch die moralische Berechtigung hierzu, denn von der Lohnhöhe hängen seine soziale und wirtschaftliche Lage, seine soziale Stellung, sein kultureller Lebensstandard, oft genug auch Gesundheit, Lebens- und Familienglück ab. Bei der großen Wichtigkeit der Lohnfrage für beide Gruppen, deren gegensätzliches Interesse unser soziales und wirtschaftliches Leben beherrscht, nimmt es nicht wunder, wenn der Streit um die Lohnhöhe von beiden Seiten mit aller Energie geführt wird. Der Kampf um den Lohn steht im Brennpunkt des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital.

An der Lohngestaltung ist der größte Teil des deutschen Volkes sehr eng interessiert. Nicht weniger als zwei Drittel der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, zirka 21 Millionen Menschen, sind gegen Lohn und Gehalt beschäftigt. Die Wichtigkeit dieses sozialen Problems macht es erklärlich, wenn die Wissenschaft nach klarer Erkenntnis über den Einfluss der Lohnhöhe auf den Gang der Volkswirtschaft strebt, wenn sie theoretisch zu erforschen sucht, von welchen Faktoren die Höhe des Lohnes abhängig ist. Diese Aufgabe ist keineswegs ganz so leicht, wie es dem einfachen „gesunden Menschenverstand“ auf den ersten Blick zu sein scheint. Hierüber haben schon viele kluge und sehr kluge Menschenhäupter gegrübelt. Das objektive Erkennen wird aber hier mehr als bei jedem anderen wissenschaftlichen Problem von bestimmten vorgefassten Meinungen, von materiellen, geistigen und sozialen Klasseninteressen, von wirtschaftlichen und politischen Ideen getrübt. So gibt es eine Menge wissenschaftlicher Lohntheorien, von denen eine der anderen widerspricht, eine die andere als Irrtum hinstellt oder sie sogar als bewusste Fälschung der Wahrheit brandmarkt. Da gibt es Lohntheorien, die das Streben der Arbeiterschaft, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss und Kampf um Erhöhung des Lohnes zur Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zu gelangen, als vergeblich hinstellen, wie zum Beispiel die Lohnfondstheorie und in nicht minder scharfer Form das Lassalle'sche „eiserne Lohngesetz“. Dagegen betont die Lohntheorie Brentanos die erfolgreiche lohnsteigernde Tätigkeit der Gewerkschaften. Nur zu gern benutzen die Unternehmer jene gewerkschaftsfeindlichen Lohntheorien zur ideologischen und praktischen Bekämpfung der Gewerkschaften.

Mit dem Wust verstaubter gewerkschafts- und fortschrittsfeindlicher Lohntheorien räumt in erfreulicher Weise eine bemerkenswerte Arbeit eines jungen Heidelberger Gelehrten Dr. Karl Massar in einer von der Heidelberger Universität preisgekrönten Arbeit: „Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne“ gründlich auf. Die Arbeit ist jetzt in erweiterter Form im Buchhandel (Heidelberger Verlagsanstalt) erschienen. Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist eine glänzende Rechtfertigung der freigewerkschaftlichen Theorie und Praxis: Der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften um einen hohen Arbeitslohn übt eine günstige Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft aus.

Dr. Massar weicht in seinen Untersuchungen nicht von der volkswirtschaftlichen Linie ab. Er widerstrebt jeder nahegelegenen Verlockung, soziologische und sozialpolitische Beweisgründe für die Notwendigkeit hoher Löhne heranzuziehen. Er geht davon aus, daß Lohnveränderungen, notwendigerweise auch Verschönerungen im Verbrauch und in der Erzeugung zur Folge haben müssen. Lohn erhöhungen können die Konsumkraft des Unternehmers schwächen, was vielleicht eine Einschränkung in seiner Lebensführung, insbesondere aber in seinem Verbrauch von Luxuswaren zur Folge haben kann. Was aber der Unternehmer an Einschränkung seines Luxuskonsums an volkswirtschaftlichen Werten freigibt, kommt der Arbeiterschaft zugute durch quantitative und qualitative Steigerungen ihres Bedarfs. An Stelle des Luxuskonsums tritt der Bedarfskonsum von Massenwaren. Gewiß ist auch unter bestimmten Voraussetzungen eine Abwägung der Lohnhöhung möglich, doch nicht in allen Fällen. Aber selbst bei erfolgreicher Abwägung wird der Arbeiterschaft ein wirtschaftlicher Nutzen verbleiben, weil der Kreis der Konsumenten sich nicht mit dem Teil der Arbeiterschaft deckt, der an der Lohnhöhung beteiligt ist. Volkswirtschaftlich wichtiger ist aber der Einfluss der hohen

Löhne auf die Vervollkommnung der Arbeitstechnik. Gerade hier wirken Lohnsteigerungen stark antreibend. Eine vermehrte Einstellung von Maschinen als Wirkung von Lohn erhöhungen ist eine sehr oft beobachtete Erscheinung, die im allgemeinen in der Richtung des wirtschaftlichen Fortschritts vor sich geht. Hohe Löhne zwingen zur technischen und organisatorischen Rationalisierung, zur Ausmerzjung aller Verschwendungsquellen in der Produktion. Weil die Löhne in den Vereinigten Staaten seit jeher hoch waren, mußte dort die Entwicklung zum technisch und organisatorisch fortgeschrittensten Industriestaat der Welt vor sich gehen. Das Beispiel Amerikas zeigt aber auch, daß hohe Löhne zur Produktionsverbilligung führen. An Stelle der Luxusware tritt die Massenware, für die aber als Folge gesteigerter Kaufkraft ein großer Bedarf vorhanden ist und die unter Ausschaltung der teuren Handarbeit in der

stark sein, als auf dem unübersichtlichen Markt einer vielgestaltigen Produktion von Luxuswaren.

In einer weiteren Betrachtung des Krisenproblems weist er den Gewerkschaften eine wichtige Funktion in der Bekämpfung der Krisenwirkungen zu. Wenn sie in den Lohndruck, der in der Krise auftritt, der in der Krise ausgeht, abzuwehren, und dadurch eine Konsumeinschränkung zu verhindern, so muß auch die Krisenwirkung milder ausfallen. Wörtlich schreibt er:

„Wenn es daher den Gewerkschaften gelingt, nach Eintritt der Krise die Löhne auf ihrer Konjunkturböhe zu fixieren, d. h. das volkswirtschaftliche Wohl einmal dem privatwirtschaftlichen überzuordnen, dann werden die Folgen der Krise milder sein als sonst. Das erfordert aber starke und allseitige Organisation der Arbeitnehmer, denn die Unternehmer werden kein Mittel unversucht lassen, die Lohnquote so tief als möglich herabzudrücken.“

Die freien Gewerkschaften, und insbesondere der Fabrikarbeiterverband, können mit Stolz darauf hinweisen, daß es ihnen gelang, den Niedergang der Löhne während der letzten Krise aufzuhalten.

In dem Kampf um hohe Löhne steht die objektive Wirtschaftswissenschaft auf Seite der Gewerkschaften. Wir stellen dieses mit Vergnügen fest. Der Schrift Dr. Massars wünschen wir eine weite Verbreitung.

Von der Gefahrenzone des Faschismus.

Es besteht heute, vor allem auch in Arbeiterkreisen, vielfach die Meinung, als habe der Weltkrieg Europa das demokratisch-parlamentarische Prinzip endgültig gebracht. Man schließt bei dieser Auffassung vielfach von den eigenen Verhältnissen auf die anderer Länder und Nationen. Und man übersieht in Arbeiterkreisen oft, daß Krieg und Folgezeit nicht nur einer Reihe von Ländern das demokratisch-parlamentarische System gebracht, sondern in anderen Ländern sich auch ein neuer Absolutismus entwickeln konnte.

Die kennzeichnendsten Absolutismen im Nachkriegs-Europa sind der Bolschewismus und der Faschismus. Es dürfte für Europa, mit Ausnahme Rußlands, wohl heute feststehen, daß die Versuche, den bolschewistischen Absolutismus in anderen europäischen Ländern zur Geltung zu bringen, sämtlich gescheitert sind. Die Gefahr, daß der bolschewistische Absolutismus heute noch in den westeuropäischen Ländern zur Geltung kommen könnte, ist gering. Die politische Weltlage bringt es auch mit sich, daß der Bolschewismus sein Gesicht jetzt nach Osten wendet. In Asien liegen zur Zeit die großen Interessen des Bolschewismus. Der Hauptwiderstand, den der Bolschewismus in Westeuropa fand, war, daß er ein ganz neues Prinzip des Absolutismus, den Absolutismus einer Klasse, zur Geltung zu bringen versuchte.

Absolutismen, die nicht ein vollständig neues Prinzip verkörpern, dagegen bestehende oder bestandene Verhältnisse für sich nützen können, finden aber viel weniger Hemmnisse vor und haben daher die größere Aussicht auf Verwirklichung. Zu dieser Gruppe von Absolutismen dürfte wohl ohne Zweifel der Faschismus gehören. Der Faschismus knüpft an Bestehendes oder Bestandenes an. Und zwar an die Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Nimmt der bisher herrschenden Klasse zwar auch demokratisch-parlamentarische Rechte und überträgt sie an einen Diktator, aber doch geht, mit gewissen Einschränkungen, die Herrschaft der bisher führenden Klasse weiter. Das ist das charakteristische Merkmal des Faschismus-Absolutismus, daß er mehr oder weniger an bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse anknüpfen konnte. Aber darin liegt auch seine Gefährlichkeit gegenüber den demokratisch-parlamentarischen Prinzipien anderer Länder. Und aus diesem Gesichtswinkel heraus gesehen, ist auch der Faschismus für das demokratisch-parlamentarische Deutschland eine große Gefahrenquelle. Er würde, bei einem Versuch, sich einzuführen, sicher große Widerstände vorfinden, aber doch wieder nicht die großen, die seinerzeit dem bolschewistischen Absolutismus sich in Deutschland und anderen Ländern Mitteleuropas entgegenstimmten.

Und aus diesen Verhältnissen heraus ist für die organisierte Arbeiterschaft Mitteleuropas das Gefahrenzentrum für einen neuzeitlichen Absolutismus heute beim Faschismus gelegen, wobei zu beachten ist, daß das große italienische Beispiel bereits in der tschechoslowakischen Regierung und in Polen bis zu einem gewissen Grade Nachahmung gefunden hat.

Die Gefährlichkeit des Faschismus für die demokratisch-parlamentarischen Regime Mitteleuropas besteht auch darin, daß er sozial außerordentlich elastisch ist, indem er seine Grundlagen leicht wechseln kann, weil er sich nicht auf einzelne Klassen stützt. So skizziert Erwin von Beckerath im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ die soziale und staatsrechtliche Basis des Faschismus etwa folgendermaßen:

Die soziale Basis des faschistischen Staates zu fixieren ist schwierig. Das liegt daran, daß der Faschismus von Anfang an in wirtschaftlichen und sozialen Fragen ungemein elastisch war und sich so im Laufe seiner Entwicklung nicht immer auf die gleiche Klasse zu stützen brauchte. Schon zu einer Zeit, wo die Bewegung noch locker geführt war, gelang es dem Geißel des Führers und der Zugkraft des nationalen Mythos, Vertreter der verschiedensten Schichten in sich aufzunehmen. Die Richtung, in welcher die

Hohe Löhne.

Hohe Löhne bewirken — zumal die Wirtschaftsgüter heute größtenteils mit Lohnempfängern bevölkert sind — erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgüter, sie reißen die Wirtschaft heraus aus Schlappheit und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. — Niedere Löhne sind gleichbedeutend mit Stockung in der Absatzmöglichkeit, Stockung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und intellektuell höherstehenden und technisch vorge-schrittenen sind.

Daß hohe Löhne trotzdem nur unter schweren Streiks und Lohnkämpfen ihre Durchsetzung erfahren, liegt an der privaten, unternehmensweisen Zusammenfassung unseres Wirtschaftssystems. Die Privatwirtschaft — und hier ist sie ein Verhängnis — hindert (letzten Endes zu ihrem Nachteil) die Volkswirtschaft am Aufstieg und am Fortschritt. Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohn erhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigste Forderung.

Dr. Karl Massar: Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne.

maschinell betriebenen Produktion zu immer billigeren Preisen hergestellt werden wird. Nach Professor Julius Hirsch ist die immer und immer wirkende Ursache der Standardisierung und Normalisierung des amerikanischen Verbrauchs in den hohen Löhnen zu suchen.

Auch den sehr oft angeführten Einwand, daß Lohn erhöhungen die für das Gedeihen einer Volkswirtschaft notwendige Kapitalansammlung hindern und die Konsumgüter-Industrie auf Kosten der Produktionsgüter-Industrie bevorzugen, läßt der Verfasser nicht gelten. Die Kapitalakkumulation trägt die Tendenz in sich, sich auf Kosten anderer Mittel möglichst schnell wieder zum Normalstand zurückzubewegen.

Hohe Löhne steigern die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft. Die Erfahrung einiger Jahrhunderte kapitalistischer Wirtschaft haben den Beweis geliefert, daß die Gedankengänge frühkapitalistischer Theoretiker wie William Petty, Turgot usw. — in denen sich auch noch viele deutsche Unternehmer des 20. Jahrhunderts bewegen —, der Arbeiter müsse einen möglichst niedrigen Lohn erhalten, damit er ein großes Quantum Arbeit leistet, falsch sind. Schon Adam Smith wies nach, daß hohe Löhne und niedrige Getreidepreise für die Leistungssteigerung der Arbeiterschaft günstig sind, daß gütigere Menschen besser und williger arbeiten als schlechtere.

Der Verfasser führt eine Reihe volkswirtschaftlicher Autoritäten zur Bekräftigung des obigen Erfahrungssatzes an, Brassey, Schoenhof, Herkner, Schulze-Gaevernich u. a.

Ein sehr interessantes Kapitel widmet der Verfasser dem Einfluss hoher Löhne auf die Konjunkturschwankungen. Wie schon vorher bemerkt, üben hohe Löhne auf Konsum und Produktion die Wirkung aus, daß sie eine starke Förderung der Massenproduktion und Massenkonsumtion mit sich bringt. Das bedeutet aber zugleich Vereinheitlichung der Produktion. Der Rückschlag auf einem Markte von Konsumgütern, der leicht übersichtlich ist, wird naturgemäß bei weitem nicht so

Transformation der sozialen Verhältnisse, ist in knappen Tagen folgende: Der Faschismus, ursprünglich eine Reaktion des ländlichen und städtischen Bürgertums, das durch den Krieg arg mitgenommen war, gegen den radikalen Sozialismus, teilweise auch gegen das Wahnpital, stützte sich nach der Wächtergreifung auf Großindustrie und Großgrundbesitz; er ist heute für die Spitzendiktatur einer Partei, welche die horizontal gelagerten Klassen durchdringt und sie mit Hilfe des staatlichen Machtapparates wie eine Kammer zusammenschließt. Die in ihren Bestandteilen heterogene Partei vor Verlesung zu bewahren, Armeen und Bürokratie bei der Stange zu halten, ist die ungeheure wichtige Aufgabe, welche für den Bestand faschistischer Macht Russlands obliegt. Die Tatsache, daß der Faschismus Italien aus einem Parteienstaat zum Ein-Partei-Staat machte, gibt ihm, innerhalb einer bestimmten Grenze, prinzipiell die Möglichkeit, bald die eine, bald die andere Klasse zu bevorzugen. Die Grenze wird durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung gezogen, welche „unter Kontrolle des Staates“ nicht nur erhalten, sondern entfaltet werden soll.

Da Deutschland die Grenze vom autoritären Staat zum demokratisch-parlamentarischen Staat noch nicht lange überschritten hat, so ist es erklärlich, daß einestells die absolutistischen Bindungen gewisser Gesellschaftskreise noch sehr stark verankert sind und leicht zu neuem Leben entwickelt werden können, andererseits aber das demokratisch-parlamentarische Leben Deutschlands naturgemäß nicht so gefestigt ist, daß es bereits allen Stürmen standhalten könnte, so ist die faschistische Gefahr für Deutschland besonders groß. Sie wird um so größer, wenn man berücksichtigt, daß in der Tschechoslowakei, in Polen, starke faschistische Methoden bereits angewendet werden und in Frankreich und Spanien faschistische Parteien im Entstehen begriffen sind. Allerdings eines steht der Entwicklung eines deutschen Faschismus in Deutschland stark im Wege: das ist neben den Arbeiterorganisationen — das deutsche Unternehmertum. Wohl wirkt letzten Endes der Faschismus im Sinne des Unternehmertums und der kapitalistischen Produktionsweise, und seine Behauptung, „im Interesse des Staates“ zu handeln, ist weiter nichts als Dekoration; aber doch steht dem das starke Selbstbewußtsein des deutschen Unternehmertums hemmend gegenüber. In Italien, der Tschechei oder Polen hat das Unternehmertum nicht die starke Tradition wie in Deutschland. Dort braucht das Unternehmertum zunächst zum Aufstieg noch eine starke Partei, die als Dekorationsschild das „Interesse des Staates“ auf ihre Fahne schreibt. In Deutschland ist dagegen das Unternehmertum so stark gefestigt und hat solche organisatorischen Bindungen verschiedenster Art, daß es selbst an sich, den Staat und seinen Apparat sich selbst botmäßig zu machen. Allerdings ist es aus dem Angeführten bei Erstarken der Gewerkschaftsbewegung nicht unmöglich, daß das Unternehmertum, um sich anstürmenden neuen Verhältnissen zu entziehen, einen Pakt mit dem Faschismus macht, um sich selbst und seine Methoden zu konservieren. Es wäre daher gefährlich für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie den Faschismus etwa unterschätzen wollte. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung muß vielmehr dem Faschismus die größte Aufmerksamkeit widmen, denn Deutschland und die deutsche Gewerkschaftsbewegung liegt mitten in der faschistischen Gefahrenzone.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Freistaat Sachsen.

Die Zahlstellenleiter-Konferenz für den Gau 7 tagte am 28. und 29. Mai in Naumburg. Anwesend waren 60 Delegierte aus 26 Zahlstellen, 5 Mitglieder des Gauvorstandes, 2 Vertreter des Keramischen Bundes. Der Verbandsvorsitzende Thiemig nahm als Vertreter des Hauptverbandes an der Konferenz teil. In der Begrüßung der Konferenzteilnehmer gedachte der Zahlstellenleiter H. J. H. die Verhandlungen leitete, der großen Zahl, fast 800, durch den Tod abgerufenen Mitglieder. Ihrem Andenken wird die übliche Gehrung zuteil. Aus dem von H. J. H. gegebenen Geschäftsbericht treten die großen Schwierigkeiten zu Tage, mit denen die Organisation im letzten Jahre zu kämpfen hatte. Die Zahl der stillgelegten Betriebe stieg in den einzelnen Industriezweigen um das Doppelte und Dreifache gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl der erwerbslosen Mitglieder steigerte sich in riesigem Ausmaß. In Sachsen allein wurden 1926 fast 800 000 Mark an Verbandsunterstützungen für erwerbslose Mitglieder gezahlt. Wenn auch die Organisation in der Werbung neuer Mitglieder mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so muß doch anerkannt werden, daß die organisatorischen Erfolge in unseren eigenen Reihen nachgelassen haben, daß überhaupt eine günstigere Einstellung für die Arbeit der Gewerkschaften vorherrscht. Verschieden haben sich die Angriffe der Arbeitgeber, welche teils durch Bruch der Vereinbarungen, teils durch Einstellung von reaktionären

Elementen eine Sprengung der gewerkschaftlichen Einheitsfronten. Die Werbearbeit im allgemeinen muß gefördert werden. Die gewerkschaftliche Werbeweche ist nicht so angestrengt worden, als es möglich war. Der Gauverband hat in 187 Veranlassungen und durch Herausgabe einer großen Anzahl von Druck- und Werbeproschüren die Agitation zu beleben versucht. In einigen Zahlstellen, wie Naumburg, ist das Gleiche versucht worden. — Begründet wurden die Zahlstellen Naumburg, Ottenberg-Daritzsch und Schöneberg. Die Verschmelzung brachte eine bessere Ausnutzung der Kräfte im Gau, mit der zugleich durch den Weggang des Kollegen Hilsmann eine finanzielle Erleichterung eintrat, da an seiner Stelle eine Neueinstellung nicht erfolgte. — Gleichfalls als günstig zu bezeichnen ist die Steigerung der Lokalkassenvermögen im Gau, welche von 57 000 im Jahre 1925 auf 146 000 Mark im 1. Quartal 1927 anwuchs. Fast in allen Industriezweigen haben wir im Jahre 1926 in der Abwehrbewegung auf die zahllosen Angriffe der Unternehmer gestanden. Eine erfreuliche Wende hat sich in der Auffassung der Kollegen über den Wert der Bezichtsverträge gezeigt. Die im Staat verankerte Branchengliederung hat sich in einer großen Zahl von Zahlstellen durchgesetzt und muß weiter ausgebaut werden. Die Nationalisierungsbestrebungen der Industrie haben in einzelnen Gruppen, z. B. in der Papier-Industrie, große Umwälzungen gebracht. Die Produktion hat sich erhöht, die Arbeitskräfte verringert. Unsere Aufgabe muß es sein, dahin zu wirken, daß sie sich nicht zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken. Die Statistik über die Mitgliederbewegung im Gau ergibt, daß von den 78 000 im Jahre 1926 in unseren Lärfgemeinschaften Beschäftigten 89 Prozent organisiert sind. Das Gesamtbild der letzten Monate zeigt eine langsame, aber feste Aufwärtsbewegung. Diese Tendenz noch zu verstärken, soll Aufgabe der einzelnen Zahlstellen für die nächste Zeit sein.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war recht lebhaft. Es sprachen die Kollegen: Bulke (Dresden), Schumann (Leipzig), Siegmund (Chemnitz), Grafe (Dresden), Jeremias (Naumburg), Kaminski (Sebnitz), Thiemig (Hannover), Knöfel (Ottenberg-Daritzsch), Krebs (Erfurt) und Grisebach (Dresden). Sie brachte einen beachtenswerten Austausch von Erfahrungen, welche die einzelnen Redner in ihrer Organisationsarbeit gemacht hatten. Der zweite Tag der Konferenz brachte einen großartigen Bericht des Kollegen Thiemig (Hannover) über die Grundlagen und Auswirkungen der Verschmelzung im allgemeinen. Der Referent ging auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und ihre Konzentrationsbestrebungen in der zurückliegenden Zeit im allgemeinen und auf die unserer Organisation im besonderen ein. Die Gründung des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes, die Abtrennung der Landarbeiter und der Zusammenschluß mit den Tapezen- und Blumenarbeitern bilden eine Etappe auf diesem Wege. Die Enfschließungen der Gewerkschaftskongresse 1922 und 1925 in Bezug auf Bildung von Industrieorganisationen haben auch auf unsere Organisation sowie die der uns angeschlossenen Verbände ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Referent geht auf die anfänglich großen Schwierigkeiten der Bildung des Keramischen Bundes ein und schildert die Strömungen und Gegenströmungen aus den Reihen der jetzt mit uns verschmolzenen Organisationen. Auch diese Form der Verschmelzung, welche unter weitgehender Bundeshilfe zustande kam, als Experiment bezeichnet werden, für das wir ein Beispiel nicht hatten und auf ganz anderer Basis als die bisher üblichen Zusammenschlüsse erfolgte. — In 41 Sitzungstagen sind die Grundlagen, die die Eigenart der drei zusammengeschlossenen Organisationen berücksichtigen sollten, geschaffen worden. Die schwierigste Aufgabe bestand in dem Zusammenschluß der Zahlstellen der einzelnen Organisationen zu praktischer Arbeit. Die Gegenstände infolge der grundverschiedenen Struktur auszugleichen, war keine leichte Aufgabe. So wurden die Verschmelzungsbedingungen, welche den neu hinzugekommenen Organisationen gewisse Reservatrechte sicherten, in einer Sonderfassung für den Keramischen Bund zusammengestellt. Grundlage für Beitragshebung und Unterstützungseinrichtung blieb unser Statut. Der Zusammenschluß brachte uns einen Zustrom von 80 000 Mitgliedern mit einem großen Teil von Berufarbeitern, deren Berufsinteressen gewahrt werden müssen. — Die Auswirkungen des Zusammenschlusses zeigen die letzten großen Bewegungen in den einzelnen Industriezweigen und vor allem der Großkampf in der Porzellanindustrie, sowie die Erfolge für die Glasindustrie beim Abschluß neuer Verträge. — Die Vereinhaltung des Vertretungsausschusses und damit bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte ist ein weiterer Vorteil. Wenn auch finanzielle Ersparnisse in der Zentrale sowie bei den Gauleitungen vorläufig nicht eingetreten sind, so muß es der Zukunft vorbehalten bleiben, welche Wege hier einzuschlagen sind. Trotz großer finanzieller Belastung durch Streiks, Arbeitslosigkeit, ist der finanzielle Stand der Gesamtorganisation als gut zu bezeichnen. Alle finanziellen Verpflichtungen sind erfüllt worden und Reserven in Vermögenswert und Grundbesitz vorhanden.

Die Zukunftsaufgaben unserer Organisation liegen in der Richtung, welche das Gesamtstatut vorschreibt; vor allem auch in der Schulung unserer Funktionäre, so daß neben den jetzt bestehenden Wirtschaftsschulen Berlin und Düsseldorf an die Gründung einer eigenen Schule im Bezirk Hannover herangetreten wurde. Eine Überprüfung der Verfassung des Verbandes in Bezug auf Wahlkörperlichkeiten wird dem nächsten Jahreskongress vorbehalten bleiben. Zur Stärkung der Wehrfähigkeit unserer Mitglieder im Kampfe durch Ausbau der Unterstützung tritt jetzt eine neue Frage — und zwar die der Invalidenunterstützung — an mehrere Organisationen

heran. Die Vorarbeiten sind eingeleitet; der nächste Verbandstag wird sich damit zu beschäftigen haben. Die geistige Einstellung unserer Mitglieder in Bezug auf die Ziele der Gewerkschaften ist gleichfalls eine Zukunftsaufgabe, wobei die Durchführung der Gewerkschaftsdemokratie der starken Hilfe der Bundesleitung bedarf. Wie im allgemeinen die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses in dieser Verschmelzung betont werden muß, soll auch bei etwa noch vorhandenen Reibungsflächen als Richtschnur der Wille der Verschmelzung die Grundlage sein. Wird doch die Verschmelzung von uns als Vorläufer einer ganzen Reihe von Zusammenschlüssen betrachtet. Von der Geschicklichkeit und dem gegenseitigen Vertrauen wird viel abhängen, das begonnene große Werk auszubauen und dessen Ziele zu verwirklichen.

Dem Referat des Kollegen Thiemig (Hannover) schloß sich der Bericht des Kollegen Schumann (Leipzig) über die 10. Tagung des Verbandsrates an.

In der Aussprache über das Referat des Kollegen Thiemig und den Bericht des Kollegen Schumann, an welcher sich die Zentralbranchenleitung Glas und Porzellan sowie die Vertreter der Gauleitungen beider Gruppen und eine Reihe Vertreter der Zahlstellen beteiligten, kam einmütig der durch die Verschmelzung erreichte große Fortschritt zum Ausdruck. Bewiesen doch die letzten großen Bewegungen — so vor allem in der Porzellanindustrie und auch in den übrigen Gruppen —, welche Stärkung unserer Schlagkraft in moralischer, finanzieller, aber auch organisatorischer Natur durch diesen Zusammenschluß erfolgte. Der Wille, die naturgemäß noch vorhandenen kleinen Reibungen in einzelnen Bezirken unserer Organisation durch Verständigung zu beheben, war klar an den Reden der einzelnen Diskussionsredner zu erkennen.

Das Schlusswort des Kollegen Thiemig (Hannover) nach der Aussprache brachte gleichfalls zum Ausdruck, daß der Hauptvorstand alles daran setzen werde, das begonnene Werk auszubauen und zum Wohle der gesamten Kollegenenschaft.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Überstundenvereinbarung in der chemischen Industrie.
Nach Erlaß des Arbeitszeitnotgesetzes mußte die Vereinbarung zum § 2 des Reichsrahmenvertrages für die chemische Industrie geändert werden. Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband kam folgende Vereinbarung zustande:

Als Überstunden gelten alle über die tägliche achtstündige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden. Für jede Überstunde ist ein Zuschlag von 25 Prozent auf den Tariflohn zu zahlen. Markenkontrollen, Pfortner, Wächter, Berufsfeuerwehren, Werkspolizei, Heilgehilfen, ständiges Personal in den Spießkassen, Wasch- und Badeanstalten, Telephonisten, Boten, Bureau- und Laboratoriumsdiener und Ausläufer erhalten für Überstunden einen Zuschlag nicht.

Akkordarbeiter erhalten für geleistete Überstunden einen Zuschlag von 25 Prozent auf den tariflichen Stundenlohn ihrer Gruppe zuzüglich der in den Bezichtslohnverträgen vereinbarten Akkordmehrerdienstgrenze.

Vorstehende Vereinbarung gilt vom 1. Juli 1927 an.

Durch diese Vereinbarung dürfte sich die Kündigung des Zusatzabkommens vom 31. Juli 1924 zum Reichstarifvertrag erübrigen, denn jede Stunde über die normale Arbeitszeit von acht Stunden gilt als nach dem Tarif bezahlte Überstunde. Es wird sich sehr bald zeigen, ob die chemische Industrie, die erfahrungsgemäß mit der achtstündigen Arbeitszeit auskommt, die neunstündige Arbeitszeit dort beibehält, wo sie bisher eingeführt ist, wenn für die neunte Stunde 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden muß. Daß die Arbeitgeber sich bemühen, den Zuschlag auf 15 bis 10 Prozent herabzudrücken, soll nur beiläufig bemerkt werden.

G. Haupt.

Das Sperrgesetz für die Säbholzindustrie angenommen.

Durch das Übergreifen des schwedischen Säbholztruffs auf die deutsche Säbholzindustrie war bekanntlich die deutsche Säbholzindustrie als selbstständige Industrie gefährdet. Mit Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums kam im vorigen Jahre eine Einigung zustande, wonach die Säbholzherzeugung für den Schwedentruff und für die deutschen Fabrikanten abgegrenzt und gesichert wurde. Durch eine Verkaufsvereinbarung wurde den einzelnen Firmen ihr prozentualer Anteil am Absatz garantiert. In der Vereinbarung befindet sich eine Klausel, die besagt, daß die deutsche Reichsregierung

Der rote Jar.

Die Erschießung von zwanzig russischen Monarchisten als Vergeltung für die Ermordung des Grafen von Wrasow in Warschau warf die Frage auf, wer für die Erschießung verantwortlich zu zeichnen hat. Es hat sich herausgestellt, daß die Hinrichtung durch vier Größen des Sowjetreiches veranlaßt wurde: Stalin, Ordchikow, Unschicht und Jaroslawski. Diese vier Männer, deren Einfluss über Tod und Leben befindet, haben ihre Politik der Rache trotz aller Einwendungen der anderen Mitglieder des „Richterkollegiums“ durchgesetzt. Stalin, der Sekretär der Kommunistischen Partei, spielt in diesen Dingen die führende Rolle. In seiner Hand ist faktisch die ganze Macht vereinigt, die Sowjetunion zu verwalten hat. Sowjetland ruht sich zwar, eine bessere Form der Demokratie erfinden zu haben: die Sowjets. In Wirklichkeit regieren nicht die Sowjets, sondern die Kommunistische Partei, diese als Ganzes wiederum weniger als der sogenannte Parteiparagraf, der von Stalin dirigiert wird. Somit ist Stalin der wirkliche Beherrscher Sowjetlandes — der Diktator, der rote Jar, der kommunistische Papsch und König. Und wie ebendieser absolute Jar seine Macht auf den Hof- und Landadel gründete, so stützt sich jetzt Stalin auf seinen „Apparat“, den kommunistischen Hofadel. Nach Lenins Tode verließ eine ganze Reihe von „Führern“. Alle hat Stalin verdrängt oder seinem Willen untergeordnet. Trotz Sinowjew, Kamenew belanden sich im Kampfe mit Stalin mit dem Fluche der Ketzerei, gingen in die Opposition und wurden bestraft. Bucharin wurde Stalins getreuer Eckard. Anherben hat Stalin seine Favoriten in Molotow, Mikojan und neuerdings besonders in Ljlanow. Stalin ist kein Theoretiker, kein Redner, kein Literat. Seine diesbezüglichen Versuche blieben völlig negativ. Dafür ist er ein ausgezeichneter Organisator. Hat eine harte Faust. Schiebt seine Leute an die Spitze, bezieht sie mit einflussreichen Posten. Die Opposition knirscht, kann aber die Mauer nicht einreissen, weil Stalins Vergangenheit im Leninschen Sinne über jeden Vorwurf steht. Er hat keine Freundschaften gekannt, keine Spaltpilze der Partei eingemünzt — wie Trotzki. Kämpfte nicht gegen die Idee der bolschewistischen Revolution — wie Sinowjew und Kamenew. Machte keine Jahre nicht in der Emigration, sondern blieb im

Land, arbeitete fleißig nach Lenins Anweisungen. Ein ausgezeichnete Georganisierte! Diese Anerkennung gab ihm Lenin in seinem Testament, jedoch mit dem Hinzufügen, Stalins Eigensinn könne noch die Partei spalten. Diese Leninworte sind Stalins Gegnern beliebtestes Argument.

Als Politiker ist Stalin vorsichtig, berechnend, staatsbejahend. Zieht die Wirklichkeit in den Kreis seiner Erwägungen. Unterstreicht immer die Bedeutung des Bauern in Bauernstaat Rußland. Ringt um den Bauern mit der Opposition, die zugunsten der Industrialisierung des Staates den Bauern gehörig besteuern will. Der unzufriedene Bauer bedauert nach Stalins Meinung das Ende des Bolschewismus.

Auch in der internationalen Politik beschäftigt sich der Diktator einer großen Vorliebe. Sein letzter Konflikt mit der Opposition basiert auf der chinesischen Frage. Auch hier beachtet Stalin gegen England und China eine abwägende Linie. Die Opposition benützt natürlich Stalins Niederlagen in England und China für ihre Zwecke aus, spekuliert angeblich sogar auf die Unzufriedenheit der roten Armee, welche infolge seiner allzu vorsichtigen Politik nach den in London und Peking existierenden Schläppen angeblich offenbar wurde.

Dem roten Jaren kommt vor allem der Umstand zugute, daß hinsichtlich seiner Charakterfestigkeit und persönlichen Moral keine Gegner nichts Nachteiliges vorbringen können. Er war nicht das schwankende Rohr wie Trotzki, war auch nicht mit anrüchigen Geschichten befaßt wie Sinowjew.

Sein Leben? Ist verhältnismäßig wenig bekannt. Joseph Dugoschwilli ist sein richtiger Name. Seine Wiege stand 1879 in dem städtischen Gori bei Tiflis. Sein Vater war Schuhmacher in der Fabrik Abelschane. In der hankasischen Hauptstadt.

Im Jahre 1893 fand er Aufnahme im „rechtgläubigen“ Priesterseminar in Tiflis. Von dort 1898 wegen marxistischer Agitation entlassen, betätigte er sich in der Folgezeit als unerwünschter Agitator der gesetzlich verbotenen Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Er war Agitator und Revolutionär von Beruf und erregte sich deshalb der liebevollen Fürsorge der politischen Polizei. Zwischen Gefängnis, Agitation und Verbannung pendelte sein Leben. Dreimal wurde er in unrichtige Gefangen verpackt, dreimal gelang ihm die Flucht. Als treuer Anhänger Lenins stand er mit diesem immer in Verbindung. An der Vorbereitung der

Revolution von 1917 nahm er regen Anteil. Während ein Teil der Bolschewisten (Sinowjew, Kamenew u. a.) gegen die Revolution war, schlug sich Stalin entschlossen auf Lenins Seite. Im Laufe der Umwälzung war er einer ihrer tätigsten Leiter.

Im Jahre 1922 übernahm er das Parteisekretariat. Während der inneren und äußeren Kriege betätigte er sich als Organisator der Front, besonders im Kriege gegen Polen (1920).

Stalin ist also ein Mann des Willens, der Arbeit, der Tat. Seien wir gerecht: inmitten der vielen schwankenden Charaktere an der Spitze des Sowjetstaates ist Stalin eine harte, fleißige, treue Figur. Zwar ist er nicht das Hirn der bolschewistischen Lehre, aber nach Lenins Tode deren Wille. Das von Lenin erhaltene Erbe behütet der „wunderbare Georgier“ mit Vorzorn und Vorsicht.

Es ist schließlich nicht seine Schuld, wenn die beiden Grundideen des Bolschewismus Schiffbruch erlitten. Erst ging die Hoffnung auf die soziale Revolution in Europa auf. Nach dieser Enttäuschung proklamierte Stalin die Parole: Aufbau des Sozialismus in einem Lande (Rußland). Aber auch diese Idee zeitigte keine Früchte, weil sie mit bolschewistischen Methoden in einem Bauernstaate propagiert wurde. Der Kapitalismus seierte wieder seine Auferstehung, wie das die Opposition treffend nachweisen konnte.

Was blieb übrig? Etwa die Sowjetdemokratie? Aber auch diese ist nur eine Fiktion, denn es regiert die kommunistische Partei mit ihrem Selbstherrscher Stalin an der Spitze. Der kommunistische Selbstherrscher negiert durch seine absolute Herrschaft seine eigenen Theorien.

Stalin, der rote Jar, ist somit als eine tragische Gestalt der neuerussischen Geschichte zu bewerten.

G. A.

Vorsehung.

Sieh doch, mein Sohn, wie weise die Vorsehung alles gemacht hat. Der Vogel legt seine Eier ins Nest. Die Jungen werden auskriechen gegen die Zeit, da es Wärmer und Fliegen gibt, sie zu nähren. Dann singen sie ein Loblied zu Ehren des Schöpfers, der seine Geschöpfe überhäufet mit Wohlthaten. — Singen die Wärmer mit, Papa?

ein Sperrgesetz bis zum März 1927 erlassen solle, wodurch neue Säbholzfabriken in Deutschland ohne Zustimmung der Reichsregierung nicht errichtet werden dürfen.

Der Sperrgesetzentwurf der Reichsregierung war umstritten. Die Sozialdemokratische Partei betrachtete es als einseitige Begünstigung der bestehenden Säbholzfabriken.

Nach dem jetzigen Wortlaut des Gesetzes ist eine Entschädigung für durch das Sperrgesetz arbeitslos werdende Arbeiter vorgesehen. Innerhalb der deutschen und der schwedischen Gruppe der Säbholzfabrikanten können Betriebe stillgelegt und Produktionsquoten übertragen werden.

Nehmen Arbeiter oder Angestellte infolge einer derartigen Übertragung der Erzeugungsfähigkeit auf einen anderen Betrieb bei einer anderen Arbeitsstelle Arbeit, die mehr als sechs Kilometer von ihrem bisherigen Wohnort entfernt ist, haben sie im Falle eines Wohnungswechsels Anspruch auf Gewährung der notwendigen Umzugskosten.

Auch wenn Arbeiter und Angestellte infolge Wechsels ihrer Arbeitsstelle durch Übertragung der Erzeugungsfähigkeit auf einen anderen Betrieb unter Aufrechterhaltung eines eigenen Haushalts mehr als sechs Kilometer davon entfernt an einem anderen Orte wohnen müssen, haben sie während dieses Zustandes Anspruch auf die durch den doppelten Wohnsitz entstehenden Mehrausgaben auf die Dauer von längstens 26 Wochen.

Praktisch werden die Arbeiter kaum in die Lage kommen, von den Bestimmungen des § 11 Gebrauch zu machen. In einem späteren Artikel werden wir das ganze Gesetz vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus zu würdigen versuchen.

Geschäftsabschluss der Gummiabrik Phönix, Harburg.

Der Reingewinn für 1926 beträgt 843.988 Mk., wovon 5 Prozent Dividende auf die Stammsachen gezahlt werden. Nach dem Geschäftsbericht wurde die Lage der Gummiindustrie bestimmt durch den Preisrückgang in Rohgummi und Baumwolle.

Die Continental in Hannover zahlt bekanntlich für 1926 keine Dividende und begründet das, zum Teil damit, daß sie an den großen Kaustschukbeständen beim Preisrückgang große Verluste erlitten hat.

Geschäftsabschluss der Sachleben A.-G. Köln.

Die Gesellschaft Sachleben A.-G. für Bergbau und chemische Industrie ist im vorigen Jahre durch Umwandlung der Gemeinschaften Sachleben und Sicilia entstanden. Die Betriebe der Gesteinsarbeiten Sachleben und Sicilia sowie der Schwarzpulver- und Salpetermineralienwerke in Wolsch werden von der Gesellschaft gemeinschaftlich geführt.

Die Bergwerksbetriebe waren während des ganzen Jahres ausreichend beschäftigt. Die Produktion von Schmelzpat blieb etwa auf der Höhe des Vorjahres; die Schwefelkiesproduktion ist von 191.000 Tonnen auf 228.000 Tonnen gestiegen.

Explosionsunglück in der chemischen Fabrik Hülfenwerk Meyer, Berlin-Tempelhof.

Am 22. Juni explodierte in der chemischen Fabrik Hülfenwerk A. Meyer in Berlin-Tempelhof aus unbekannter Ursache ein großer Säurebehälter, wobei der 47jährige Arbeiter Fedeleben und der 40jährige Arbeiter Schwenk schwer verletzt wurden.

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Bedeutung der schlesischen Papiererzeugungsindustrie.

In der Zeit vom 22. bis 24. Juni d. J. tagten in Breslau sämtliche Arbeitgeberverbände der deutschen Papiererzeugungsindustrie einschließlich der Syndikate, Kartelle, Preis-konventionen und der Papiermacherberufsgenossenschaft.

Diese Tagung der Papiererzeugungsindustriellen gab besonders in der Fachpresse der Unternehmer Veranlassung, Vergleiche anzustellen über die Bedeutung der schlesischen Papiererzeugungsindustrie im Verhältnis zu der übrigen schlesischen Industrie, aber auch zur gesamten Papiererzeugungsindustrie des Reiches.

Die Gesamtzahl der schlesischen Arbeiterschaft beträgt rund 467.000 oder 10 Prozent der in Preußen beschäftigten Arbeitnehmer. Die Provinz Schlesien (Ober- und Niederschlesien) steht unter den preussischen Provinzen damit an vierter Stelle.

Wesentlich erheblicher ist der Anteil der schlesischen Papiererzeugungsproduktion und der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer zu der gesamten Papiererzeugungsindustrie im Reich. Wir bringen in der nachstehenden Tabelle zunächst eine Zusammenstellung der in der schlesischen Papiererzeugungsindustrie vorhandenen Betriebe, der Anzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer und den prozentualen Anteil, den diese Betriebs- und Arbeitnehmerzahlen zu den Gesamtzahlen der deutschen Papiererzeugungsindustrie im Reich einnehmen:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten Arbeitnehmer, Prozentanteil an der gesamten schlesischen Papiererzeugungsindustrie, Prozentanteil an der gesamten deutschen Papiererzeugungsindustrie.

In der schlesischen Papiererzeugungsindustrie ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur das Dreischichtensystem im kontinuierlichen Betriebe, sondern auch die achtstündige Arbeitszeit für die Arbeitnehmer in Tagsschicht aufrechterhalten worden. Gewiß trägt bei Arbeitsandrang auch die schlesische Papierarbeiterschaft den Bedürfnissen der Betriebe durch eine vorübergehende Arbeitszeiterlängerung im Tagsschichtbetriebe Rechnung.

Produktionssteigerung der schlesischen Papiererzeugungsindustrie von 1913 bis 1926.

Table with 5 columns: Industrie-gruppe, Schlesische Produktion in Tonnen (1913, 1926), Produktionssteigerung von 1913-1926 (Schlesien, Deutsches Reich), Produktionsanteil an der gesamten deutschen Produktion (1913, 1926).

Die Produktionssteigerung steht also, wie bereits bemerkt, in Schlesien wesentlich günstiger als im übrigen Reich aus. Besonders deutlich tritt dieses aus vorstehender Zusammenstellung in der Pappfabrikation hervor.

Bemerkenswert und für die Tätigkeit der Gewerkschaften in Schlesien von anerkannter Bedeutung ist die Tatsache, daß im Reich bei einer Abnahme der Arbeiterzahl gegenüber 1913 die Lohnsumme um 91 Prozent, dagegen in Schlesien bei annähernd gleich gebliebener Arbeiterzahl um 105 Prozent gestiegen ist.

Bemerkenswert ist weiterhin ein Vergleich der in den Jahren 1913 und 1926 in der schlesischen Papiererzeugungsindustrie vorhandenen Papier- und Pappmaschinen, Zellstoffkocher und Schleifapparate sowie deren Ausnutzung. Darüber gibt die nachfolgende Zusammenstellung eine Übersicht:

Zahl der in der schlesischen Papiererzeugungsindustrie vorhandenen Maschinen, Kocher und Apparate in den Jahren 1913 und 1926.

Table with 4 columns: Produktionsmittel, 1913, 1926, davon waren im Betriebe (1913, 1926).

Trotzdem die Gesamtproduktion der schlesischen Papiererzeugungsindustrie von 332.298 auf 455.789 Tonnen oder um mehr als 37 Prozent seit 1913 bis zum Jahre 1926 gesteigert werden konnte, wurde, wie aus den obenstehenden Zahlen hervorgeht, die Betriebskapazität bei weitem nicht voll ausgenutzt, so daß bei voller Ausnutzung der Betriebe eine noch bedeutend größere Jahresproduktion erzielt werden könnte.

Table with 4 columns: a) Papiermaschinen, b) Pappmaschinen, c) Zellstoffkocher, d) Schleifapparate. Each with columns for 1913 and 1926.

Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Papier- und Pappfabriken ergibt sich aus der Tabelle der Papier- und Pappmaschinen.

Table with 4 columns: Zahl der Papiermaschinen in Zentimetern (1913, 1926), Arbeitsbreiten in Zentimetern (1913, 1926).

Wir entnehmen diese Zahlen - wenn auch in etwa anderer Zusammenstellung - einem Artikel, betitelt: 'Die schlesische Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie' in Nr. 25 des 'Papierfabrikant', Jahrgang 1927. In den vorstehenden Zahlen bemerken wir, daß uns die Maschinenbreiten der Papiermaschinen von 855 und 918 Zentimeter als unwahrscheinlich vorkommen.

Verschiedene Industrien

Konferenz der sächsischen Blumenarbeiter.

Am 12. Juni tagte in Dresden eine Konferenz des Fabrikarbeiterverbandes für die Arbeiterschaft der sächsischen Blumenindustrie. Betriebsratssekretär Adler (Hannover) sprach dort über die Bedeutung des Betriebsratsgesetzes für die Blumenindustrie und Cislein (Hannover) über die gewerbliche Rechtslage der Heimarbeiter.

Im Schlußwort legte Adler nochmals in kühnen Ausführungen das Wahlverfahren dar, wobei er betonte, daß der Unternehmer die Heimarbeiter genau so listenmäßig zu führen hat wie die Betriebsarbeiter.

Weiter sprach Cislein (Hannover) über Wirtschafts- und Organisationsfragen in der Blumenindustrie. Dem allgemeinen Auffassung der sächsischen Kunstblumenindustrie bis zum Jahre 1913 folgte ein steter Rückgang bis 1924. 1907 waren in der Blumenindustrie circa 15.000 Beschäftigte, hingegen 1926 nur noch 10.000.

Auf Anregung von Kaminski (Sebnitz), die von dem Vau-leiter S. u. L. (Dresden), der die Verhandlungen leitete, unterstützt wurde, fand die Wahl einer Kommission statt, welche die Aufgabe hat, eine bessere Verbindung zwischen den sächsischen Jahressellen mit der Blumenindustrie herzustellen.

Chemnitz und Dresden mit je 2, Zittau, Jwikan, Seidenau, Freiberg, Baugen, Radeberg und Großenhain mit je 1 Vertreter.
 Gausleiter Wulke schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß ihre Arbeit zum Segen der Arbeiterklasse und zum gewerkschaftlichen Fortschritt in der Blumenindustrie beitragen möge.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Reichslandarbeiterbund keine Gewerkschaft. Ein Entschluß des Reichswirtschaftsrates.

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses, der mit der Beratung der an das Präsidium des Reichswirtschaftsrats gerichteten Eingabe des Reichslandarbeiterbundes und des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, betreffend Anerkennung des Reichslandarbeiterbundes als wirtschaftliche Organisation von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, beauftragt worden war, hat nunmehr seine Beratungen zum Abschluß gebracht und deren Ergebnis dem Vorstände vorgelegt.
 Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats geht dahin, daß der Reichslandarbeiterbund keine selbständige Organisation von Arbeitnehmern ist. Da die Selbständigkeit aber die Voraussetzung ist, um als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung anerkannt zu werden, verneint der Reichswirtschaftsrat die Eingabe des Reichslandarbeiterbundes und erklärt, daß dieser keine Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung sei. Die Gründe für diese Entscheidung sind das Resultat der Untersuchungen von Sachgenossen sowie verschiedener Unterverbände des Reichslandarbeiterbundes als auch der des Pommerischen Landbundes und einiger seiner Kreisgruppen, denen die Arbeitnehmerorganisationen korporativ angegeschlossen sind. Aus diesen Sachgenossen ergab sich bereits einwandfrei das Fehlen einer wirklichen Selbständigkeit dieser Arbeitnehmerorganisationen, so daß sich ein Eingehen auf weitere Einzelheiten erübrigt. Über das Ergebnis der Beratungen wird ein eingehender Bericht der Reichsregierung übermittelt werden.

Richard Calwer †

Am 13. Juni d. J. schied Richard Calwer, der bekannte Volksrechtler und Staatsrechtler, durch eigene Wahl gemeinsam mit seiner Gattin aus dem Leben. Den Pressenachrichten zufolge sollen Nahrungsorgen nicht die Ursache für diesen Schritt gewesen sein. Mit ihm verliert die volkswirtschaftliche Statistik eine ihrer führenden Persönlichkeiten, die Gewerkschaftsbewegung einen ihrer Freunde und Mitarbeiter. Calwer war Schwabe und ursprünglich für den theologischen Beruf vorbereitet, wandte sich aber früh der Volkswirtschaft und Politik zu und vertrat im Reichstag als sozialdemokratischer Abgeordneter den braunschweigischen Wahlkreis Ganderheim. Im Jahre 1909 kehrte er wegen des Silberbrandstreichs der Partei den Rücken, da in ihr seiner Meinung nach für Journalisten keine ausreichende Meinungsfreiheit gewährleistet sei, und betätigte sich vorwiegend auf wirtschaftsstatistischem Gebiet. Mit Jastrow schuf er die Arbeitsmarktsstatistik, aus eigener Kraft später die Konjunkturforschung und die Lebenshaltungskennzeichentabelle größere Jahrbücher über das Wirtschaftsjahr heraus und mehrere handelspolitische und statistische Korrespondenzen und Zeitschriften. Für das Korrespondenzblatt der Generalkommission schrieb er in den Jahren 1908 bis 1913 die wirtschaftliche Rundschau. Auch war er in diesen Jahren als Lehrer an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen der Generalkommission tätig. In den letzten Jahren ist er weniger hervorgetreten. Seine Lebenshaltungskennzeichen, auf denen sich die bekannten Calwerschen Indizes aufbauen, die in den Vorkriegsjahren bei jeder Lohnverhandlung eine große Rolle spielten, wurden durch die amtliche Lebenshaltungskennzeichentabelle überholt und mußten eingehen. Calwer hat auf dem Gebiete der Lebenshaltungskennzeichentabelle Pionierarbeit geleistet. Die Gewerkschaften werden sein Andenken in Ehren halten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Rhein. Stahlhelmer und Christliche Verein — über geschlagen. In Nr. 17 des „Proletariats“ vom 27. April 1927 haben wir berichtet, daß der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband bei der Betriebsratswahl auf der Südfabrikfabrik A.-G. in Knappe eine Listenerbindung mit dem Stahlhelmer eingegangen war. Die Wahl selbst war ein großer Reinfall. Nun ist auch der christliche Bergarbeiterverband dazu übergegangen, sich mit dem Stahlhelm zu verbinden. Die Betriebsratswahl im Grubwerk (Braumkohlengrube) war für ungültig erklärt worden und man hoffte nun, die verhassten freien Gewerkschaften bei der Neuwahl empfindlich zu schlagen.
 Die christlich-nationalen Stahlhelmer des Grubwerks sind um eine Erklärung reicher und um eine Hoffnung ärmer. Die mit allen Mitteln betriebene Agitation für die christlich-nationale Liste war erfolglos. Wenn die freien Gewerkschaften bei der Wahl im März 832 Stimmen auf ihre Liste vereinigten konnten, so erreichten sie bei der jüngsten Wahl 921 Stimmen, während die vereinigten Christen und Stahlhelmer, die im März zusammen 206 Stimmen erhalten hatten, jetzt nur 207 bekommen haben. Das bedeutet, daß die Stahlhelmer einen Arbeiterratsitz an die freien Gewerkschaften verloren haben. Es erhalten die freien Gewerkschaften acht Sitze im Betriebsrat, die Stahlhelmer einen Sitz im Betriebsrat und einen Sitz im Arbeiterrat.
 Aber nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Angehörigen hat der Stahlhelm den Rückzug antreten müssen. Im März eroberte der Stahlhelm von den sechs Sitzen im Angestelltenrat vier, jetzt nur er mit drei zufrieden sein. Und wie hatten sie so sicher mit dem Sieg gerechnet? Vier Arbeiter- und zwei Angestelltenräte im Betriebsrat war das Mindeste, was sie erwarteten. Am Freitagabend fand schon eine kleine Siegesvorfeier statt, denn keiner zweifelte mehr am Sieg. Aber dann kam am Sonnabend die grausame Enttäuschung.
 P. Herwig.

Einigkeit Alle Verbandskollegen mit ihren Angehörigen, welche nach Einigkeit zur Organi (Gartenbau- und Gewerbeausstellung) kommen, erhalten im Verbandsbureau verbilligte Eintrittskarten. Das Bureau befindet sich im Volkshaus, Bismarckstraße 4. Der Eingang zur Ausstellung ist von hier in zwei Minuten zu erreichen.
Schönungen. Am Sonntag, dem 29. Mai, vormittags 9 Uhr, fand die erste gemeinsame Belegschaftsversammlung der beiden Betriebsräte des Volkshauses a. S. und Gewerkschaft „Sachleben“, die seit dem Frühjahr dieses Jahres zusammengehören unter dem Namen „Einigkeit“ stehen. A. S. für Bergbau und Chemie, am 29. der Lohnfrage gemeinsame Stellung zu nehmen.
 Seit November 1923 befinden sich beide Belegschaften obiger Firma in einem tariflosen Zustand. Der Lohn beträgt zur Zeit pro Stunde 34 Pf. Dieser Betrag besteht seit dem 18. Mai 1923, wo die Belegschaft beider Firmen aus Verzweiflung um ihre Erhaltung den Kampf aufnahmen und geschlossen in den Streik traten. Da Verhandlungen zwischen beiden nicht mehr vorhanden waren. Der Lohn betrug bei Abschluß des Kampfes am 8. Mai 1923 nur 29 Pf. Durch den Streik wurde der Lohn am 6. Pf. durch Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses beantragt erhöht. Der Schiedsgericht wurde aber gegen 3 Stimmen in gemeinsamer Abstimmung abgelehnt. Selbst die Mitglieder der nationalen Gewerkschafts-Kommunen geschlossen gegen diesen Schiedsspruch. Der Streik wurde dann durch Hilfe der Arbeiter des nationalen Gewerkschafts abgelehnt. Man ließ die Forderungen auf der Strecke. Von diesem Tage an bis zu dem heutigen hat eine Lohnkämpfer für die Arbeiterklasse beider Betriebe nicht aufgehört, trotzdem in allen Jahren bereits der Lohn in den zwei Jahren mehrmals erhöht wurde. Der Tarif für die chemische Industrie am Orte beträgt zur Zeit seit 1. April d. J. 70 Pf. Das ist ein Unterschied von

18 Pf. pro Stunde. Vor dem 1. April 1927 betrug der Lohn 65 Pf. und es bestand eine Spanne von 11 Pf. pro Stunde. Bis zum 1. April 1927 hatte also die Arbeiterklasse beider Fabriken einen Lohnausfall bei vollständiger Arbeitszeit von annähernd 6 Mk. pro Woche, ohne Überstunden und Sonntagsarbeit, so daß der Lohnausfall in einem Jahre 312 Mk. betrug, pro Mann der Belegschaft. (In zwei Jahren also pro Kopf 624 Mk.). Der Lohnausfall seit dem 1. April d. J. erhöht sich demnach von 6 Mk. auf rund 10 Mk. pro Woche. Bei einer Belegschaftsstärke von 200 Mann sind dieses pro Woche 2000 Mk., in einem Jahre 104 000 Mark, die die Arbeiterklasse der Firma schenken muß. Es ist daher auch zu verstehen, daß der Reingewinn der Gewerkschaft „Sachleben“ 1,8 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahre betrug. Diese traurigen Lohnverhältnisse gaben daher Anlaß, in einer gemeinsamen Belegschaftsversammlung Stellung zu nehmen. Der Jahrestelektiker vom Fabrikarbeiterverband war auf Wunsch der Mitglieder in dieser Versammlung zugegen und führte in sehr sachlicher Form den anwesenden Arbeitern den Werdegang der Dinge vor Augen und forderte auf, alles daranzusetzen, den letzten Mann der Organisation zuzuführen, damit nun endlich ein Tarifverhältnis geschaffen wird und die längst schon fällige Lohn-erhöhung eintrete. In dieser Belegschaftsversammlung waren naturgemäß einige Spitzel entsandt, um Bericht über den Verlauf der Versammlung an die Betriebsleitungen zu erstatten, was auch geschehen ist. Die Zutritter verfahren hierbei aber nicht wahrheitsgemäß, sondern sie denunzierten diejenigen, die man als Feinde betrachtete, da sie dem Fabrikarbeiterverband und dem Reichsbanner angehörten und nicht der „nationalen“ Gewerkschaft, der Technischen Hochschule, dem Stahlhelm und den Hakenkreuzvereinen. Die Folge war, daß man am Mittwoch, dem 1. Juni, zu Gericht saß und einen Familienrat von 8 Kindern brokos machte. Sonst hat man es mit der Einberufung einer Betriebsratsversammlung nicht so eilig; aber es galt einen offenen und ehrlichen Gegner zu besetzen, und da ging es sehr schnell. Die Würfel fielen, und man zog auch den Angeklagten mit hinzu, um das Vorhaben durchzuführen. Man gab dem Angeklagten trotz Antrag des Arbeiterrats nicht die Möglichkeit, sich gegen die Anklage zu verteidigen. Wohl hatte man den Judas als Kronzeugen vor der Tür stehen. Auf dem Entlassungsschein, den man dem Verurteilten aushändigte, ist nun zu lesen: „Wird hiermit wegen vorläufiger Unruhefälligkeit im Betrieb entlassen.“ Das nennt man vorsätzliche Unruhefälligkeit, wenn man für seine Familie sorgt und seine Mitarbeiter anklagt über ihre sozialen Rechte und Pflichten. Dafür werden aber die Gegner der Arbeiterbewegung auf jede Weise geschäftelt. Demen erlaubt man, während der Arbeitszeit das Hakenkreuz an alle Wände und Schränke in der Fabrik zu malen, Beiträge einzusammeln, die Zeitungen des Stahlhelms, der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zu verteilen und Agitationsmaterial in größerem Umfange zu verbreiten. Nur dann, wenn hoher Besuch im Anzuge ist, dann muß alles verschwinden. Ist der Besuch fort, so kann erneut die Propaganda einfließen. Das sind Arbeiter des Hirns und der Faust, wirkliche Volksgenossen! Das sind die Leute, die die Schlangenpeitsche des allgewaltigen Geldsacks täglich fühlen! Das sind jene, die die Juden bekämpfen und angeblich auch den schrankenlosen Kapitalismus! Arbeiterbrüder! Wollt ihr dieses noch länger mitmachen? Wollt ihr noch länger hungern und darben? Wollt ihr euch noch länger irreführen und täuschen lassen? Kommt zu dem Bewußtsein, daß man euch braucht, um uns zu unterstützen! Tretet ein mit uns für tarifmäßige Bezahlung und für menschenwürdige Behandlung! Tretet ein in die Organisation des Fabrikarbeiterverbandes, werdet Mitkämpfer für unsere gerechten Forderungen!

Rundschau.

Hungerlöhne für Heimarbeiter in Amerika.

Eine aufschlußreiche Untersuchung über die Verhältnisse in der amerikanischen Bekleidungsindustrie, bringt die Gegenüberstellung der Fabrikarbeiter und der Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie von New York und Rochester in bezug auf ihre Löhne und Arbeitsverhältnisse. Die in den Fabriken beschäftigten organisierten Gewerkschaften, die es verstanden hat, Löhne und Arbeitsbedingungen zugunsten ihrer Mitglieder zu regeln, während die Heimarbeiter, wie überall, unorganisiert sind. Die Folge zeigt sich in den geradezu ungeheuren Unterschieden der Löhne und Arbeitsbedingungen. Die in der Fabrik arbeitenden organisierten Arbeiter erhalten einen durchschnittlichen Wochenlohn von 23 Dollar 75 Cent in Rochester, 34 Dollar 20 Cent in New York. Die Heimarbeiter dagegen nur 10 Dollar 10 Cent bzw. 10 Dollar 64 Cent — für amerikanische Verhältnisse wahre Hungerlöhne! Die für Herstellung von Hosen spezialisierten Heimarbeiterinnen erhalten sogar nur 8,86 bzw. 7,73 Dollar wöchentlich, gegenüber 18,32 bzw. 31,57 Dollar für die in der Fabrik arbeitenden. Auch in bezug auf die Arbeitsbedingungen zeigt sich der große Unterschied: während der „lofen Saison“ sind in New York 33 Prozent der Heimarbeiter, dagegen nur 14 Prozent der Fabrikarbeiter beschäftigungslos, — eine Folge der Gewerkschaftspolitik, die von den Unternehmern Sicherheits für eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr zu erkämpfen vermochte. Die Unternehmer sind freilich bestrebt, die für die Ausbenkung so besonders günstige Heimarbeit auf Kosten der Fabrikarbeit zu fördern: die Zahl der Heimarbeiter ist in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als die der Fabrikarbeiter. Ende 1925 waren bereits 11,3 bzw. 14,3 Prozent aller Bekleidungsarbeiter in Heimarbeit beschäftigt.
 Auch in den „reinen“ Staaten werden Hungerlöhne dem Teil der Arbeiterklasse gezahlt, der schloß der Ausbenkung des Unternehmertums preisgegeben ist. Nur starke Gewerkschaften schützen vor dem Lohnrückgang, vor dem Abinken ins graue Elend, sowohl in Deutschland als auch in — Amerika.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die rechtliche Stellung der Notstandsarbeiter.

Die rechtliche Stellung der Notstandsarbeiter ist eine sehr merkwürdige. Die Notstandsarbeiter nehmen eine Mittelstellung ein zwischen den Unterstützungsempfängern der Erwerbslosenfürsorge und den in wirklichen Arbeitsverhältnissen stehenden Arbeitnehmern. Am 9. April der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 heißt es hierüber: Die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten ist eine Form der Erwerbslosenfürsorge, gilt aber als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und als Beschäftigungsverhältnis im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Es wird also gesagt, daß nur in bezug auf die rechtsgesetzlichen Versicherungen und das Einkommensteuergesetz die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten als Beschäftigung gegen Entgelt anzusehen ist. In allen anderen Beziehungen gilt der Notstandsarbeiter nach wie vor als Unterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Regelung in der Praxis zu vielen Zweifeln und auch Streitfällen Anlaß gibt. So gelten beispielsweise die Bestimmungen über die Betriebsversicherung (Betriebskassen) nicht für die Notstandsarbeiter, und zwar auch dann nicht, wenn die Arbeit von einem Privatunternehmer ausgeführt wird. Es gibt also bei den Notstandsarbeiten keinen Betriebsrat. Die Bestimmungen der Tarifverträge über Urlaub usw. gelten ebenfalls nicht für die Notstandsarbeiter. (Sachliche Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 22. Mai 1925.) Der Reichsarbeitsminister hat unterm 9. Februar erneut zu den Rechtsverhältnissen der Notstandsarbeiter Stellung genommen. Er hat an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge ein Rundschreiben erlassen, in welchem die oben angeführte Stellung der Notstandsarbeiter nochmals bekräftigt wird. Es heißt in diesem Rundschreiben weiter, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge dagegen Erwerbslose, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, in einem

regelmäßigen Arbeitsverhältnis stehen sollen. Der Reichsarbeitsminister schreibt dann weiter:

„Auch heute schon muß aber angestrebt werden, daß das Beschäftigungsverhältnis der Notstandsarbeiter von dem regelmäßigen Arbeitsverhältnis nicht weiter abweicht, als nach der besonderen Eigenart der Notstandsarbeit unbedingt notwendig ist. So könnten zwar die Bestimmungen des Betriebskassengesetzes und die anderen arbeitsrechtlichen Bestimmungen über die Entlassung von Arbeitnehmern auf Notstandsarbeiter keine Anwendung finden. Da aber die Notstandsarbeiter die Möglichkeit haben müssen, ihre Interessen gegenüber der Betriebsleitung in geregelter Form zu vertreten, halte ich es für erwünscht, daß die Notstandsarbeiter für diesen Zweck besondere Vertrauensleute bestellen, wie das heute schon vielfach geschieht. Ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, daß die Betriebsleitungen diese Vertrauensleute als berechtigte Vertreter der Notstandsarbeiter ansehen.“

Der gleiche Gesichtspunkt muß auch bei der Anwendung der Vorschriften über das Entgelt der Notstandsarbeiter maßgebend sein. Ich darf deshalb erneut darauf hinweisen, daß die Notstandsarbeiter nach § 9 der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 grundsätzlich ein Entgelt in Höhe des tariflichen oder örtlichen Lohnes erhalten sollen, der für Arbeiten gleicher Art am Orte der Notstandsarbeit maßgebend ist. Nur in Ausnahmefällen ist nach § 9 Absatz 4 der genannten Bestimmungen der Verwaltungsausschuß des Landesamts für Arbeitsvermittlung berechtigt, eine obere Grenze für das Entgelt festzusetzen, oder die Anwendung eines anderen Tarifes anzuordnen. Ich bitte, darauf hinzuwirken, daß die Verwaltungsausschüsse von dieser Befugnis nur dann Gebrauch machen, wenn die Voraussetzungen des § 9 Absatz 4 tatsächlich vorliegen. Ferner darf ich erneut auf die dringende Notwendigkeit hinweisen, die Frage des Entgeltes bei jeder Notstandsarbeit vor Inangriffnahme der Arbeiten zu regeln, damit sich nicht hinterher, wenn die Arbeit bereits im Gange ist, Schwierigkeiten ergeben.

Endlich darf ich noch bemerken, daß für Beschwerden einzelner Notstandsarbeiter über das ihnen gewährte Entgelt der Reichsweg der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gegeben ist. Das ergibt sich daraus, daß die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten eine Form der Erwerbslosenfürsorge ist.“

Es ist erfreulich, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz auch die arbeitsrechtliche Stellung der Notstandsarbeiter ändern soll. Notwendig ist dies auf alle Fälle. Wenn wirklich bei den einzelnen Notstandsarbeiten Vertrauensleute gewählt werden, so ist es immerhin fraglich, ob diese mit Erfolg die Interessen ihrer Kameraden vertreten können. Zweckmäßig und auch notwendig war es jedoch, daß der Reichsarbeitsminister nochmals auf die Vergütung der Notstandsarbeiter hingewiesen hat. Denn gerade in diesem Punkte wird leider noch viel gefündigt. Die Höhe und Form der Entlohnung der Notstandsarbeiter ist stets der Ausgangspunkt zahlreicher Streitigkeiten. Es wird dies auch so bleiben, bis eine grundsätzliche gesetzliche Änderung und Regelung in dieser Beziehung eintritt, die hoffentlich auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz bringt. Auf den letzten Absatz des Rundschreibens des Reichsarbeitsministers sei besonders hingewiesen. Es muß in jedem einzelnen Falle, in dem die Notstandsarbeiter nicht die genügende Entlohnung erhalten, der Beschwerdeweg beschriftet werden. Je öfter dies geschieht, um so eher ist eine gesetzliche Änderung zu erwarten. Es muß auch darauf geachtet werden, daß der Verwaltungsausschuß nur in ganz wenigen Fällen von dem Rechte nach § 9 Absatz 4 der Bestimmungen Gebrauch macht, für die Vergütung der Notstandsarbeiter eine obere Grenze festzulegen. Es müßte dies überhaupt nicht geschehen, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Warum sollen die Notstandsarbeiter ihre Arbeitskraft billiger verkaufen als die übrigen Arbeitnehmer?
 kl-s.

Literarisches.

Urania, Heft 9, Jahrgang 1926/27. Michael Faraday, einem Proletariatssohn, dem Entdecker der elektrischen Induktion, dem Erfinder der Dynamomaschine und Begründer der modernen Elektrotechnik widmet die „Urania“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, ihren einleitenden Aufsatz durch eine kurze Lebensbeschreibung aus der Feder Dr. W. Engelhardt. Auch alle weiteren Artikel dieses Heftes sind, wie wohl von allen Aufsätzen der Urania behauptet werden kann, von großem Wert und beanspruchen das volle Interesse jedes Lesers.
 Probehefte erhalten Interessenten kostenlos von der Urania-Verlagsgesellschaft m. B. S., Jena.
 Abonnementpreis: Ausgabe A (3 Hefte, 1 broschierte Buchbeilage) pro Vierteljahr 1,60 Mk. Ausgabe B (3 Hefte, 1 in Ganzleinen gebd. Buchbeilage) pro Vierteljahr 2,25 Mk.
Wohnungswirtschaft, die Zeitschrift der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft (Demog. Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S 14, Infelstr. 6, Publikationsorgan der Demog. Revolutionsvereinigung).
 Das soeben erschienene umfangreiche Sonderheft dieser Zeitschrift, die Nummer 10/12, enthält eine Anzahl interessanter Arbeiten über aktuelle Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbauwesens, die durchweg einen konsequent gemeinwirtschaftlichen Standpunkt vertreten. Der Leitartikel von Richard Lincke behandelt sehr ausführlich und gründlich, gestützt auf gutes Material, die viel umstrittene Frage des amerikanischen Riesenbauprojektes für Berlin.
 Die Zeitschrift, die nicht mehr und nicht weniger als das Zentralorgan für alle wohnungsinteressierten gewerkschaftlichen und bau-gemeinschaftlichen Arbeit innerhalb der freigewerkschaftlichen Gesamtbewegung darstellt, darüber hinaus alle Probleme der kommunalen Wohnungspolitik in neuer anregender Form erörtert, sollte von allen am Wohnungswesen interessierten Organisationen und Persönlichkeiten gelesen werden.

Frifjos Nanjen: Abenteuerlust. Verlag: J. A. Brochhaus, Leipzig 1927. Preis 90 Pf. Das Büchlein enthält die Verdeutschung einer englischen Rede, die Frifjos Nanjen, der berühmte Norweger, bei Antritt des Rektorats der St.-Andreas-Universität in Schottland am 19. Mai 1926 an die Studenten gehalten hat. Wir empfehlen es unseren jungen Freunden auf das wärmste. Es ist ein Büchlein voller Weisheit und guter Lehren, das sich an die Jugend wendet, das den Mut des kühnen Wagens, die Abenteuerlust verteidigt.

Heft 4 der im Verlag von G. Birk u. K. o. m. B. S. in München erscheinenden Gesundheitsbibliothek bringt aus der Feder des Münchener Nervenarztes Dr. Julian Marcuse eine Abhandlung über das Thema: „Erhaltung und Abhärtung“. Zustandekommen und Wesen der Erhaltung werden in klarer und bei aller wissenschaftlichen Denkart durchwegs leicht verständlichen Form auseinandergesetzt, um von diesen Voraussetzungen ausgehend Art und Zweck der Abhärtungsmassnahmen vor Augen zu führen. Wir lernen die natürlichen Schutzmittel, die jedes lebende Wesen sein eigen nennt, kennen. Wer seinen Körper im Kampf um die Gesundheit schützen und stärken will, wird Erkenntnis und Nutzen aus dem lebenswerten Büchlein ziehen.
 Die „Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezirkszahlstelle Waldenburg und Umgegend.

Als Nachfolger für den kollektiven Lantermann wurde der Kollege Heinrich Kühn aus Berlin-Charlottenburg gewählt. Allen Werbern besten Dank!